

Mail: Tobias.Moser@zg.ch

Vorlage Nr. 4036.1
Laufnummer 18435
Eingang 16. Dezember 2025

Herr Kantonsratspräsident
Stefan Moos
Regierungsgebäude am Postplatz
Seestrasse 2, Postfach
6300 Zug

Zug, 16. Dezember 2025

Interpellation der SVP-Fraktion betreffend Auswirkungen einer Ablehnung der Nachhaltigkeits-Initiative («Keine 10-Millionen-Schweiz!») auf den Kanton Zug

Sehr geehrter Herr Kantonsratspräsident
Sehr geehrter Herr Landschreiber
Sehr geschätzte Damen und Herren Regierungsräte

Die eidgenössische Volksinitiative **«Keine 10-Millionen-Schweiz! (Nachhaltigkeits-Initiative)»** thematisiert die langfristige Bevölkerungsentwicklung und deren Folgen für Infrastruktur, Umwelt, Wohnraumsituation und wirtschaftliche Rahmenbedingungen. Die Diskussion betrifft auch den Kanton Zug in besonderem Masse, da Zug seit Jahren ein überdurchschnittliches Bevölkerungswachstum, eine hohe Bautätigkeit, einen angespannten Wohnungsmarkt sowie eine starke internationale Zuwanderung verzeichnet.

Unabhängig vom Ausgang der eidgenössischen Abstimmung stellt sich für den Kanton Zug die Frage, welche konkreten Konsequenzen eine Ablehnung der Initiative für kantonale Themen hätte, insbesondere in Bezug auf Raumplanung, Verkehr, Umwelt- und Ressourcenschutz, Energieversorgung, soziale Infrastruktur sowie die finanzielle und personelle Belastung öffentlicher Dienste.

Vor diesem Hintergrund bitten wir den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie beurteilt der Regierungsrat die voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung im Kanton Zug bei einer Ablehnung der Nachhaltigkeitsinitiative? Welche Szenarien oder Prognosen liegen vor?

2. Welche Auswirkungen hätte ein ungebremstes oder stärkeres Bevölkerungswachstum auf die kantonale Raumplanung, insbesondere auf Verdichtung, Bauzonenreserven und den Schutz von Landschafts- und Erholungsräumen?
3. Rechnet der Regierungsrat im Falle einer Ablehnung der Initiative mit einem zusätzlichen Bedarf beim Ausbau von Verkehrsinfrastruktur, öffentlichem Verkehr, Energie- und Wasserversorgung sowie Abwasseranlagen? Welche Kosten könnten daraus entstehen?
4. Welche Folgen wären für die bereits angespannte Wohnraumsituation zu erwarten? Welche Auswirkungen hätte ein weiterhin starkes Bevölkerungswachstum auf Mietpreise, Eigentumswohnungen und die Nachfrage nach preisgünstigem Wohnraum?
5. Welche Konsequenzen erwartet der Regierungsrat für Umwelt, CO₂-Bilanz, Biodiversität und den Verbrauch natürlicher Ressourcen, falls das Bevölkerungswachstum nicht stärker reguliert wird?
6. Wie würden Schule, Gesundheitswesen, soziale Einrichtungen und Verwaltung auf weiteres Wachstum reagieren müssen? Rechnet der Regierungsrat mit zusätzlichem Personal- oder Finanzbedarf?
7. Welche Chancen und Risiken sieht der Regierungsrat für den Wirtschaftsstandort Zug, falls die Bevölkerungsentwicklung nicht durch die im Initiativtext geforderte Zielgröße begrenzt wird?
8. Welche Handlungsspielräume hat der Kanton Zug unabhängig von einem allfälligen bundesrechtlichen Rahmen, um die Entwicklung von Bevölkerung, Infrastruktur und Umwelt nachhaltig zu steuern?

Wir bedanken uns beim Regierungsrat für die Beantwortung unserer Fragen und verbleiben

mit freundlichen Grüßen

Namens der SVP-Fraktion

Adrian Rogger
Kantonsrat, SVP
Baar

Philip C. Brunner
Fraktionspräsident
Kantonsrat, SVP, Zug